

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unterstützung des Stabilitätspakts Südosteuropa

In der Umbruchszeit nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation gelang es auch in vielen Staaten Südosteuropas, diktatorische Herrschaft zu überwinden. Es gab die Hoffnung, demokratische Gemeinwesen zu entwickeln, die systembedingten Entwicklungsrückstände zu überwinden.

Diese Hoffnungen wurden während der 90er Jahre bitter enttäuscht, als beim Zerfall Jugoslawiens die hauptsächlich von Slobodan Milosevic entfesselten Kriege und Bürgerkriege unermessliches Leid über die betroffenen Völker brachten, diese Länder wirtschaftlich weiter ruinierten und auch die nicht unmittelbar betroffenen Nachbarländer erheblich in ihrem Transformationsprozess behinderten.

Enttäuschung gab es im Verlauf der 90er Jahre auch über die westlichen Staaten, die Europäische Union und die internationalen Institutionen, die lange Zeit uneinig waren im Umgang mit dem Zerfall Jugoslawiens und eher hilflos reagierten, anstatt eine klare Konzeption zu entwickeln. Die Erfahrungen in Bosnien wie im Kosovo zeigen, dass nur entschlossenes Handeln aller Beteiligten die Gewalt beenden und den Neuaufbau bewerkstelligen kann. Dabei hat sich die Geschlossenheit der NATO besonders bewährt. Es hat sich aber auch erwiesen, wie dringend die Entwicklung einer handlungsfähigen „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ in Europa ist.

Aus der Erkenntnis, dass diese Region sich nur mit langfristig angelegten und umfassenden Stabilitätsbemühungen befrieden und entwickeln lässt, propagierte die deutsche Bundesregierung während des Kosovo-Krieges die Idee eines „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“. Dieser soll nicht nur eine Rückkehr zu bewaffneten Auseinandersetzungen verhindern und zur Beendigung jeglicher Vertreibungen beitragen, sondern auch den Wiederaufbau der zerstörten Länder vorantreiben, die Zivilgesellschaft aufbauen und einer nachhaltigen Demokratisierung den Weg ebnen helfen sowie die ökonomische Transformation unterstützen.

Es ist ein großes Verdienst der Bundesregierung, diese Initiative ergriffen zu haben, die nach nur wenigen Wochen intensiver Konsultationen am 10. Juni 1999 in Köln von Vertretern von fast 40 Staaten und vieler internationaler Organisationen verabschiedet und wenige Wochen später durch den Gipfel von Sarajewo in Gang gesetzt wurde. Erstmals seit dem Beginn der tragischen Entwicklungen in Südosteuropa wurde mit dem Stabilitätspakt ein umfassendes Friedens- und Stabilisierungskonzept in die Welt gerufen, das nicht nur von ganz Europa, sondern auch von den USA, von Russland und vielen anderen Staaten sowie wichtigen Internationalen Organisationen getragen wird. Der

Stabilitätspakt ist auf ein wirtschaftlich prosperierendes, friedliches und demokratisches Südosteuropa ausgerichtet. Damit birgt er die Chance, weitere denkbare oder bereits drohende Konflikte in Südosteuropa präventiv zu verhindern.

Der Erfolg des Stabilitätspaktes hängt jedoch nicht nur von dem Handeln der internationalen Organisationen und der beteiligten Geberländer ab. Ganz entscheidend kommt es auf die Mitarbeit der Länder der Region selbst wie auf ihren Willen zur Zusammenarbeit untereinander an. Die Unterstützungsmaßnahmen von außen können nur wirksam werden, wenn die beteiligten südosteuropäischen Länder erhebliche Eigenanstrengungen unternehmen. Dies wird nirgendwo ohne notwendige Veränderungen der bisherigen Politik gehen und in vielen Fällen auch schmerzhaft Umorientierungen bedingen. Dabei werden vor allem die Parlamente eine entscheidende Rolle spielen, werden sie doch die notwendigen, aber bestimmt nicht immer populären Entscheidungen politisch durchsetzen und vertreten müssen. Zur Verankerung einer neuen demokratischen, rechtsstaatlichen und kooperativen Politik in den Gesellschaften bedarf es ebenso der Mobilisierung der Zivilgesellschaften und ihrer Initiativen. Ohne deren Mitwirkung kann weder die politische noch die ökonomische Annäherung an die europäischen Strukturen gelingen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

- würdigt die Rolle der Bundesregierung als Initiatorin des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und ihr erfolgreiches Engagement in Köln und beim Gipfel von Sarajewo,
- anerkennt die bisher geleistete Aufbauarbeit der beteiligten Bundesministerien und des internationalen Koordinators für den Stabilitätspakt in Brüssel zur Ingangsetzung des Stabilitätspaktes,
- wird die Bundesregierung in ihren Aktivitäten in allen Gremien des Stabilitätspaktes unterstützen und dabei die einzelnen deutschen Maßnahmen begleiten,
- fordert die Bundesregierung auf, ihre Koordinationsbemühungen zu verstärken, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Stabilitätspakt zu verbessern,
- begrüßt den deutschen finanziellen Beitrag, den die Bundesregierung bereits vor der Finanzierungskonferenz für Maßnahmen im Rahmen des Stabilitätspaktes in den Bundeshaushalt eingestellt hat,
- bittet die Bundesregierung daraufhin zu wirken, dass die internationale Finanzierungskonferenz so schnell wie möglich stattfindet, und das alle Beteiligten – Partnerstaaten und internationale Finanzorganisationen – einen angemessenen Beitrag leisten,
- ermuntert die Bundesregierung, zu einem effektiven und zielgerichteten Einsatz der Mittel beizutragen, damit die konkreten Projekte im Sinne einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung zügig umgesetzt werden können,
- erinnert an die Probleme im Zusammenhang mit den Wiederaufbauhilfen in Bosnien und Herzegowina und mahnt, bei den eigenen Projekten und bei den internationalen Hilfsorganisationen mitzuhelfen, in Bosnien aufgetretene Fehlentwicklungen möglichst zu vermeiden,

- empfiehlt, in den Gremien des Stabilitätspaktes eine breite parlamentarische Begleitung der Volksvertretungen der betroffenen Länder einzurichten und als Daueraufgabe zu gewährleisten,
- bittet die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die private deutsche Wirtschaft für mehr eigenes Engagement in Südosteuropa zu gewinnen, da dort vor allem private Investitionen gefragt sind,
- bittet die Bundesregierung um verstärkte Information der deutschen Öffentlichkeit über die Absichten und Maßnahmen des Stabilitätspaktes, um die Akzeptanz dieser Aufgabe als zentrale Herausforderung deutscher Außen- und Friedenspolitik zu verbessern,
- ersucht die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag in den dafür zuständigen Ausschüssen und in Form von Regierungserklärungen regelmäßig über die Fortschritte des Stabilitätspaktes auf dem Laufenden zu halten.

Berlin, den 25. Januar 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

